

Basel, 21. Mai 2021

Die bürgerlichen Jungparteien rufen zu einem doppelten NEIN zum Mindestlohn auf!

Die bürgerlichen und liberalen Jungparteien machen sich für ein doppeltes Nein in der Abstimmung zum Mindestlohn stark und rufen dazu auf, nochmals zu mobilisieren und an dieser wichtigen Abstimmung teilzunehmen.

Mit der Einführung eines staatlichen Mindestlohnes sind viele Stellen in Branchen gefährdet, in denen typischerweise Student/innen und junge Menschen arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt neben dem Studium oder als Schüler/in das Feriensackgeld zu verdienen. «Mit der Einführung eines staatlichen Mindestlohns werden solche Stellen entweder nicht mehr an nichtausgebildete junge Menschen vergeben oder sie verschwinden gleich gänzlich,» sagt Laetitia Block von der Jungen SVP. Damit wird es für junge Menschen schwieriger, schon während des Studiums eine gewisse Unabhängigkeit von den Eltern zu erreichen und sie bleiben abhängig von Zuhause. «Es wird zudem verhindert, dass sie neben dem Studium bereits erste Erfahrungen in einem Arbeitsumfeld sammeln können, was wiederum den Berufseinstieg nach Abschluss der Ausbildung erschwert,» meint Dominik Scherrer von den Jungfreisinnigen. «Viele junge Menschen sind zudem auf Studenten- und Gelegenheitsjobs angewiesen, um zuhause ihren Beitrag zu leisten,» ergänzt Kilian Winkler von der Jungen Mitte.

Im Kanton Jura sind deshalb bereits Bestrebungen im Gange, Studenten- und Ferienjobs vom Mindestlohn auszunehmen, da diese seit der Einführung des kantonalen Mindestlohns von 20 Franken in viel geringerer Zahl angeboten werden. Ein gravierender Missstand (Motion 1365, Magali Voillat, die Mitte).

Die Einführung des weltweit höchsten Mindestlohnes führt überdies dazu, dass auch bei einfachen Aushilfsarbeiten nicht mehr ein unausgebildeter junger Mensch eingestellt wird, sondern gleich jemand, der die entsprechende Ausbildung abgeschlossen hat. «Der staatliche Mindestlohn wertet damit auch die Berufsbildung ab. Denn wer während der Lehre lediglich ein paar hundert Franken verdienen kann, während jede andere Stelle - auch ungelern - mit CHF 4'000 Lohn lockt, überlegt sich zweimal, ob er eine Lehre macht,» sagt Melina Kaeser von den Jungen Grünliberalen. «Das ist ein verheerendes Signal an die Jungen, das die Gefahr erhöht, dass sich junge Menschen gegen eine Lehre entscheiden. Die Lehre wird abgewertet und die Qualität in Berufen geht schleichend verloren,» sagt Konstantin Walker von den Jungliberalen.

Die Linke spielt sich im Parlament mit durchsichtigen Spielchen und überflüssigen Interpellationen zum Thema Mindestlohn öffentlichkeitswirksam das Wort zu. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir bürgerlichen und liberalen Parteien alle nochmals kräftig unser Umfeld mobilisieren und den Weg an die Urne finden, um die Einführung eines staatlichen Mindestlohnes zu verhindern.

Wir Jungen der Parteien Junge SVP Basel-Stadt, Jungfreisinnige Basel-Stadt, Jungliberale, Junge Mitte und Junge Grünliberale beider Basel rufen deshalb gemeinsam dazu auf, am 13. Juni ein doppeltes Nein einzulegen.

Bei Fragen stehen Ihnen die Präsidien der bürgerlichen und liberalen Jungparteien Basel-Stadt gerne zur Verfügung.

Laetitia Block, Präsidentin Junge SVP Basel-Stadt, +41 78 618 60 43

Melina Kaeser, Präsidentin Junge Grünliberale beider Basel, +41 76 369 86 54

Dominik Scherrer, Präsident Jungfreisinnige Basel-Stadt, +41 79 501 29 77

Konstantin Walker, Präsident Jungliberale Basel-Stadt, +41 76 423 56 78

Kilian Winkler, Präsident Junge CVP Basel-Stadt, +41 79 813 46 80